

Er scheint
in allen Verlagen.
Bezugspreis
in der Verlagsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 280.—
durch Fernabsatz 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Verlagsnummer: 4248, 2273,
8110, 8249.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Vertriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Polen und Rußland.

Warschau, 8. Februar. Der Gesandte der polnischen Republik in Moskau, Rymantowicz, hat in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Agencja Wschodnia“ (Ostagentur) die folgenden Informationen über die polnisch-russischen Beziehungen erteilt:

In den jetzt bestehenden polnisch-russischen Beziehungen schiebt sich an die erste Stelle der Handelsvertrag, dem gegenüber beide Regierungen schon eine grundsätzliche günstige Haltung eingenommen haben, und der in aller nächster Zeit Gegenstand eingehender Verhandlungen sein wird. Der Vertrag wird wahrscheinlich nicht Kompensationscharakter haben. Die reichen Bodenschätze Rußlands werden nicht einmal zu einem kleinen Teile infolge der völligen Arbeitsdesorganisation ausgenutzt werden. Wegen der von Tag zu Tag wachsenden Transportbeschwerden, welche nicht einmal die Terminalsieferungen von Lebensmitteln für die Hungergebiete gestatten, besteht keine Hoffnung dafür, daß es vielleicht möglich sein wird, besonders aus entfernteren Gegenden, Rohstoffe einzuführen, welche wirtschaftlich mehr Interesse abgewinnen würden. Die Bedeutung dieses Wirtschaftsvertrages wird also augenblicklich von gewissen Kreisen überschätzt.

Ausgleich für die polnische Ausfuhr können russische Gold, Edelsteine und zum Teil Pelze sein. Dabei muß bemerkt werden, daß der Vorrat an russischem Gold, welches in alle Himmelsrichtungen verflochten ist, erschreckend abgenommen hat und bald gänzlich verschwinden wird. Gewisse Mengen Rohstoffe, die Rußland bei den Transportbeschwerden und wegen anderer Hindernisse liefern könnte, würden an polnische Fabriken zur Verarbeitung übergeben werden und dann als Halbfabrikate nach Rußland zurückkehren, wobei die Fabriken einen Teil der Rohstoffe als Kompensation zurückbekämen. Die Verarbeitung der nicht zahlreich gelieferten Rohstoffe könnte nicht erheblich zur Steigerung der polnischen Industrie beitragen. Angesichts obiger Ausführungen ist es möglich, daß Rußland, da es keine genügende Menge von Austauschwaren besitzt, sich in Verhandlungen dazu verstehen wird, uns die verschiedenartigsten Gegenstände zu machen.

Bezüglich der allgemeinen Politik Sowjetrußlands kann ich bemerken, daß sie vor der Konferenz zu Genua sehr zurückhaltend ist, was darauf zurückzuführen ist, daß es danach strebt, eine günstige Stimmung auf der Konferenz über Sowjetrußland herbeizuführen. Schließlich muß man annehmen, daß zur Konferenz, welche für Rußland eine überaus große Bedeutung hat und den Wendepunkt in seiner Außenpolitik bilden könnte, eine Delegation reisen wird, welche mit weitgehendsten Vollmachten versehen und zu großer Nachgiebigkeit geneigt ist.

Abreise Karachans nach Moskau.

Warschau, 8. Februar. Wir erfahren, daß Karachan am 10. d. Mts. nach Moskau fährt. Mit ihm zugleich wird wahrscheinlich der polnische Gesandte bei der russischen Regierung, Stefanski, Warschau verlassen. Der Grund für die Abreise Karachans ist der, daß er, falls Lichitschewin nach Genua fährt, ihn als Kommissar für auswärtige Angelegenheiten vertreten wird.

Notenwechsel zwischen Polen und Litauen.

Warschau, 8. Februar. Der litauische Außenminister überreichte eine Note, in der er von der polnischen Regierung die Annahme unmittelbarer Verhandlungen in der Wilnaer Angelegenheit fordert und die Annahme dieser Forderung von den Verhandlungen in allen anderen Angelegenheiten, die beide Regierungen betreffen, abhängig macht. In der Antwort erklärte sich der Minister Skirmunt zur Annahme der Verhandlungen bereit, um die Angelegenheiten praktischer Natur zu erledigen. Er erklärte zugleich, daß der kategorische Ton der litauischen Note den Mangel an Persönlichkeitsgefühl dieser Regierung bezeuge.

Der französisch-polnische Handelsvertrag.

Warschau, 8. Februar. Der am Montag unterzeichnete Vertrag wird am achten Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft treten, an dem die französische Regierung eine Mitteilung über die Annahme dieses Abkommens im Warschauer Sejm erhalten hat. Über die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages erhält die polnische Telegraphen-Agentur folgende Mitteilungen: Was die Einfuhr französischer Waren nach Polen anbelangt, so wird Frankreich eine Ermäßigung der polnischen Zölle für alle die Artikel zugestanden, die den französischen Export hauptsächlich interessieren, und zwar werden die französischen Firmen in Polen in Zukunft die Meistbegünstigungsrechte in vollem Umfange genießen. Ebenso wie französische Waren werden alle Waren behandelt, die aus den Kolonien kommen, sofern sie durch französische Firmen nach Polen verschifft werden oder über die Vermittlung polnischer Firmen nach Polen gelangen. Französische Qualitätswaren, wie beispielsweise Weine, Liqueure und Schokolade, werden u. a. m. werden eine Ermäßigung von 50 Prozent der Zölle genießen.

Was die Einfuhr polnischer Waren nach Frankreich anbelangt, so wird der Zoll für bestimmte polnische Artikel, wie Feldfrüchte, Nahrungsmittel usw., nach den niedrigen Tarifen erhoben. Etwa 40 weitere Warengruppen können außerdem in Frankreich zu ermäßigten Zöllen eingeführt werden. Weitere Artikel des Abkommens regeln die Tätigkeit beiderseitiger Gesellschaften und bestimmen, in welcher Form der Handelsverkehr sich zu vollziehen hat. Polen verpflichtet sich ganz allgemein, Frankreich in wirtschaftlicher Beziehung die größten Vorteile zu gewähren. Französische Waren, die sich in Polen bereits befinden, aber für den Weitertransport bestimmt sind, bleiben zollfrei. Bestimmte Waren wie Autos, Alkoholverzeugnisse (Parfüm), dürfen im allgemeinen nicht nach Polen eingeführt werden. Doch stellt auch für diese Waren die polnische Gesandtschaft in Paris im Rahmen bestimmter Kontingente Einfuhrbewilligungen aus. Die Bedingungen werden in kurzem bekanntgegeben werden.

Die obererschlesischen Angelegenheiten.

Aussprache im polnischen Finanzministerium.

Warschau, 9. Februar. Das wichtigste Ereignis des gestrigen Tages waren die Beratungen des Finanzministeriums, in denen Minister Mikalisch allgemein über die obererschlesischen Verhandlungen Bericht erstattete, wonach Direktor Makowicki einen Entwurf des Abkommens vorlegte. Wie bekannt, soll die deutsche Mark 15 Jahre hindurch im polnischen Teile Oberschlesiens im Umlauf bleiben. Es sollen drei Banken im polnischen

Die Entspannung der Lage in Deutschland.

Ende des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 8. Februar. Der Mißstand der Eisenbahnen erreichte am Dienstagabend sein Ende. Nachdem vorher schon eine Entspannung eingetreten war, zogen sich zunächst am Abend noch einmal bedrohliche Wolken zusammen. Die Hauptursache der Krise bestand in der Frage der von der Regierung beabsichtigten Maßregelung der Streikführer. Die Regierung wollte, daß der Reichsverkehrsminister Gröner über diese Frage entscheiden sollte. Die streikenden Eisenbahner waren unbedingt dagegen und zwar wurden sie in dieser Sache nicht nur von der politischen Partei der Unabhängigen unterstützt, sondern auch von den Gewerkschaften.

In einer Besprechung in der Reichskanzlei an der Vertreter der streikenden Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner direkt teilnahmen, was bisher von der Regierung verweigert worden war, kam eine Vereinbarung zustande, daß über die Maßregelung der Streikführer nicht der Reichsverkehrsminister Gröner, sondern das gesamte Kabinett entscheiden soll. Die Regierung hat zugestimmt, daß keine Massenmaßregelung der streikenden Beamten stattfinden wird. Damit waren die Vertreter der Reichsgewerkschaft einverstanden.

Der Generalstreik in der Theorie.

Berlin, 8. Februar. Nach Beilegung des Eisenbahnerstreiks versuchen die Kommunisten mit allen Mitteln eine Hege zur Fortsetzung der Ausstände und am Dienstagabend wurde in einer Versammlung der Groß-Berliner Betriebsräte beschlossen, den Generalstreik zu proklamieren. Nach dem Frieden mit den Eisenbahnern ist dieser Schritt praktisch bedeutungslos.

Rücktritt Grönners?

Berlin, 8. Februar. Die „Voss. Ztg.“ meldet: In ernsten politischen Kreisen rechnet man mit dem demnächstigen Rücktritt des Reichsverkehrsministers Gröner.

Die Beratungen über die Besoldungsfragen im Reichsfinanzministerium.

Berlin, 8. Februar. (Tel.-Ank.) Am Montag nachmittag um 4 Uhr fand im Reichsfinanzministerium eine Sitzung unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes statt, bei der sämtliche Ministerien vertreten waren. Reichsverkehrsminister Gröner war persönlich erschienen. Die Spitzenorganisationen der Reichsgewerkschaften hatten ihre Vertreter entsandt. Der Reichsminister der Finanzen erklärte zur Frage der Nachprüfung der Grundgehälter der Beamten, er habe schon in der Reichstags-Sitzung vom 21. Januar eine Erklärung abgegeben, wonach die Reichsregierung bereit sei, baldmöglichst in eine eingehende Aussprache über alle Besoldungsfragen einzutreten und alle in Betracht kommenden Probleme zu prüfen. Zu der Gesamtheit dieser Probleme deren Erörterung damals in Aussicht gestellt worden sei, habe nach Auffassung der Reichsregierung von Anfang an selbstverständlich auch die Frage der Nachprüfung der Grundgehälter gehört. Auch der 23. Ausschuss des Reichstages für Beamtenangelegenheiten habe inzwischen in Aussicht genommen, bei Gelegenheit dieser Beratungen über die Frage der automatischen Anpassung der Gehälter und Löhne an die jeweilige Teuerung auch die Nachprüfung der Grundgehälter in den Kreis der Erörterungen zu ziehen. Er (der Minister) sei bereit, alle Schritte zu tun, um die gegenwärtig der Beratung des Ausschusses unterliegenden Fragen insbesondere die der Nachprüfung der Grundgehälter beschleunigt zu behandeln. Im Anschluß an diese Besprechungen wurde die schon seit dem 25. Januar in der 23. Sitzung des Reichstages erörterte Frage der praktischen Durchführung der Gewährung von Wirtschaftsbeteiligungen an Beamte und Angestellte in Anlehnung an die den Arbeitern zugehenden Uebertragungsansprüche mit den Spitzenorganisationen durchberaten. Diese Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Im Anschluß an die Besprechung im Reichsfinanzministerium fand eine Chefsprechung in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes statt, in der der Reichsfinanzminister Dr. Hermes über seine Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen berichtete.

Disziplinarverfahren gegen die Streikführer.

Berlin, 8. Februar. Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner hat sich mit den vom Reichskanzler gestern in Aussicht ge-

Oberschlesien tätig sein: die Deutsche Bank, die Darmstädter Bank und die Dresdener Bank, während im deutschen Teile Oberschlesiens sechs polnische Banken Bankgeschäfte treiben werden.

Der Abg. Loewenstein trat mit einer scharfen Kritik dieses Entwurfs hervor und betonte, daß der Vertrag vollkommen verfehlt, den polnischen Teil Oberschlesiens mit dem nötigen Vorrat an Zahlungsmitteln zu versehen. Der Vertrag befreie die deutsche Regierung und die Reichsbank vollkommen von der Verpflichtung, das polnische Oberschlesien mit der nötigen Menge deutscher Valuta zu versehen, bei Bedingungen, unter denen die Reichsbank deutschen Privatbanken Kredite erteilt. Auf diese Weise würde die polnische Produktion in Oberschlesien auf Rechnung der deutschen Regierung erhebliche Summen zahlen. Welche Bedeutung der Vertrag für die Industrie hat, davon zeugt der Umstand, daß allein für die Arbeiterlöhne in Oberschlesien wöchentlich 700 Millionen deutsche Mark notwendig sind. Infolge des Vertrages würde die polnische Produktion in Oberschlesien teurer sein wie deutsche, und das würde schädlich sein. Ein solcher Stand der Dinge würde politisch und finanziell den deutschen Agitatoren die Gelegenheit geben, die wirtschaftliche Schwäche Polens und die Stärke Deutschlands auszunutzen. Der Vertrag lege gleichzeitig den deutschen Banken keine Verpflichtungen auf, polnischen Unternehmungen Kredite zu erteilen, überläßt ihnen absolute Freiheit in dieser Beziehung, so daß die polnische Industrie einem Mangel an Zahlungsmitteln ausgesetzt sein würde. Als Schutz gegen die Möglichkeit solcher verhängnisvoller Folgen reichte es nicht aus, daß man Polen das Recht einräumt, eigene Valuta einzuführen, weil dieses Recht frühestens mit dem 1. Januar 1924 in Kraft treten kann. Und im Verlaufe von zwei Jahren bis zu dem erwähnten Termin könne schon die jetzige blühende Industrie Oberschlesiens allmählich verfallen sein, besonders, weil die deutschen Banken unter der unmittelbaren Oberhoheit ihrer Regierung bleiben, deren Politik bezüglich Polens zu charakterisieren es genügt, auf das Verhalten deutscher Banken in Danzig bezüglich der polnischen Mark hinzuweisen. (1) Auch die Angelegenheit der Verlegung der Zentral-

stellen Konzeptionen bezüglich der Arbeitszeit und des Lohnes aufrieden erklärt, aber ihre Stellungnahme von der Frage der Maßregelung der Beamten abhängig gemacht. Darauf begab sich eine Abordnung des Beamtenbundes zum Reichsverkehrsminister, der seine Stellung dahin festlegte:

Die eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen die Streikführer werden durchgeführt. Die erfolgten Entlassungen der künftigen Streikenden werden aufrechterhalten. Dagegen wird von Maßregelungen gegen diejenigen, die nur als Mitläufer zu betrachten sind, d. h. also von Massenmaßregelungen, Abstand genommen.

Ob sich die Reichsgewerkschaft hiermit zufrieden geben wird, bleibt abzuwarten.

Der städtische Streik im Abbau.

Auch der Streik der städtischen Arbeiter in Berlin ist verloren. Was jetzt noch kommt, ist Rückzugsgesetz der Führer für die der Zusammenbruch dieses mit einer Fervorität sondergleichen in geistigen Ausmaßes wohl noch weitere Folgen haben wird. Die Erregung der gesamten Berliner Bevölkerung von rechts bis weit in die Kreise der radikalen Arbeiter hinein ist eine ungeheure. Schon gestern waren die Dinge so weit gediehen, daß es keinem Streikenden geriet, sich öffentlich als Ausländer zu bekennen. Wo das geschah, legte es stundenweise Bügel.

Heute nachmittag sollen in Berlin sechs von der Streikleitung einberufene öffentliche Versammlungen stattfinden, in denen an der Lage Stellung genommen werden soll und in denen so der Zweifel der sofortige Abbruch des Streiks beschlossen werden wird. Bemerkenswert ist, daß gestern vorgenommene Abstimmungen der Berliner Hochbahner und der Kraftfahrersinnkreise sich mit großer Mehrheit gegen einen Sympathiestreik ausgesprochen haben.

Inzwischen hat die Streikleitung mit einer Zweidrittel-Mehrheit sich dem Aufruf der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften angeschlossen, der zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auffordert. Berliner Blätter meinen, daß die Arbeit voraussichtlich bereits heute nachmittag, spätestens aber morgen, wieder aufgenommen wird.

Der Vorwärt über den Wahnsinn des Streiks.

Der „Vorwärts“ bringt einen Artikel, der sowohl den Eisenbahnerstreik als auch den Ausstand der städtischen Arbeiter Berlins scharf verurteilt. Das Blatt fragt:

„Sind denn die Lokomotivführer und die städtischen Arbeiter auch wirklich voll und ganz über das unterrichtet, was ihnen jetzt geboten wird? Alle Nachrichten und Meinungen, die zu den Gewerkschaften, den Parteien, den Zeitungen kommen, zeigen, daß dies bei weitem nicht der Fall ist. Indessen wäre es an der Zeit, die kämpfenden selbst wieder einmal sprechen zu lassen. Sie sind in einer übergroßen Mehrheit einer ehrenvollen Verständigung geneigt. Jede Verständigung, durchgeführt bei vollem Wissen der Vergleichsangebote, würde es ermöglichen, die beiden ungeheuerlichen Ausstände mit einem Achtungserfolg zu beenden. Aber die Führer der Reichsgewerkschaft, die Funktionäre der städtischen Arbeiter möchten wohl, daß dennoch weitergestreift wird. Die Allgemeinheit, die mit Ruten gezeichnet wurde, soll also mit Skorpionen gepöbelt werden, und das alles, ohne daß 11 Millionen organisierte Arbeiter und Angestellte, daß die Arbeiterparteien gefragt worden sind. Das ist kein gewerkschaftlicher Kampf mehr. Das ist auch kein Streik um politische Ziele. Das ist Wahnsinn.“

Die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, richtet heute, um die Empörung der Bevölkerung von den Streikenden abzuwenden, heftige persönliche Angriffe gegen Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der angeblich die ungeeignete Persönlichkeit zur Führung der Verhandlungen mit den Streikenden sei.

Verwaltungen von industriellen Institutionen von Deutschland nach Polen sei nirgends fidejussekt worden.

An der Diskussion beteiligten sich der Marschall Trampczynski, die Abg. Razab, Czetwierski, Sosinski, Stawiski und andere. Alle unterstützten die Ausführungen des Abg. Loewenstein. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, welcher fordert, daß der polnischen Wirtschaft in Oberschlesien die Möglichkeit, die entsprechenden Zahlungsmittel zu beschaffen, sichergestellt wird, und zwar nicht unter schlechteren Bedingungen als für die deutsche Industrie.

Verschiebung der Abreise der deutschen Delegierten.

Berlin, 8. Februar. Die deutsche Delegation für die polnisch-deutschen Verhandlungen, welche heute nach Genf fahren sollte, wurde infolge des Eisenbahnerstreiks in Berlin verbleiben. Es wird angenommen, daß der polnische Delegierte Dr. Olszowski ebenfalls aus denselben Gründen seine Reise nach Genf nicht hat bewerkstelligen können.

Die Politik der Tarnpa.

Danzig, 8. Februar. Aus Berlin wird berichtet, daß die litauische Politik in Memel bisher von folgenden Richtlinien leiten ließ: In militärischer Hinsicht sowie in Bezug auf den Handel und die Verwaltung sollten Litauen und Memel ein Gebiet bilden. Im übrigen sollte Memel eine Autonomie erhalten. Gegenwärtig macht sich nach der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ eine neue Richtung in der Wirtschaftspolitik bemerkbar, die nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern auch die Erweiterung der gegenwärtigen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse fordert. Weiter fordern die Anhänger der neuen Partei die vollkommene Gleichberechtigung der Deutschen und der litauischen Nationalität und die Bildung einer eigenen Militärs für die Aufrechterhaltung des Friedens im Lande. Um endlich das litauische Hinterland zu erhalten, soll Memel mit Litauen verbunden werden, aber einen eigenen Sejm erhalten. Der Hafen in Memel soll beiden Staaten zur gemeinsamen Benutzung überlassen werden. Der Völkerverbund soll über die Durchführung der Verträge wachen. Gründer der neuen Partei ist der bekannte Memeler Agitator Simon Alitis.

Um die Wirtschaftskonferenz.

Endgültige Abgabe Amerikas.

London, 8. Februar. Aus Washington wird berichtet, daß die amerikanische Regierung in der Angelegenheit der Teilnahme an der Konferenz in Genua die endgültige Abgabe gegeben hat. Der offizielle Akt der Antwort soll am Freitag erfolgen.

Die französische Note über Genua.

Paris, 8. Februar. „Petit Parisien“ erzählt aus London die Note Frankreichs in der Angelegenheit der Konferenz von Genua. Die Aufmerksamkeit darauf, daß der Beschluß, welcher den Staaten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten verbietet, in keinem Falle den Verbündeten verbieten dürfte, bei einem Verstoß der Weiberberufung der Monarchie und des Militarismus in Deutschland oder Ungarn einzuschreiten. Die Note erachtet es für notwendig, die Konferenz von Genua auf drei Monate zu verschieben, um genaue Vorbereitungen treffen zu können.

Englands Standpunkt.

London, 8. Februar. Lloyd George beharrt weiter auf seiner Forderung, die Konferenz an dem zuerst bezeichneten Termin d. h. am 8. März stattfinden zu lassen. In politischen Kreisen ist man sich jedoch klar darüber, daß dies unmöglich sein wird. Die französische Regierung sandte eine neue Note nach London. Es soll diese ein sehr ausführliches Dokument sein, dessen Inhalt aber streng geheim gehalten wird.

Die Vorbereitung in Genua.

Rom, 7. Februar. Die Vorbereitungen zur Konferenz in Genua werden mit größter Eile durchgeführt. Die italienische Regierung bereitet die Unterbringung der Hauptdelegierten der Staaten und ihrer Sekretäre und des übrigen Personals in Hotels vor. Man erwartet, daß gegen 300 Journalisten in Genua eintreffen werden für die eines der größten Hotels reserviert werden soll, das mit allen Bequemlichkeiten, Telegraphen- und Telefonstationen versehen ist.

König Georgs Thronrede.

London, 8. Februar. König Georg hat am Montag im Parlament die Thronrede gehalten, in welcher er insbesondere den Washingtoner Vertrag bespricht und erklärt, daß er dessen Ratifizierung erwarte. Zu den Entschuldigungsfragen sagte der König, daß die Verbändemächte dieser Angelegenheit ihre ständige Aufmerksamkeit zuwenden, um zu prüfen, wie man die Aufgabe am besten zu lösen vermöge. Zwischen der englischen, französischen und belgischen Regierung finden Verhandlungen über eine gemeinsame Aktion für den Fall eines nichtprovozierten Angriffs seitens Deutschlands statt. Es wird berichtet, daß die Thronrede den Eindruck hervorgerufen habe, daß an eine frühe Auflösung des Parlaments nicht zu denken sei.

London, 8. Februar. Die Rzeczpospolita bringt folgende Notiz der Thronrede des Königs Georg, die er während der Eröffnung des Parlaments hielt. Das einzige Mittel, welches die traurige internationale Lage retten kann, ist die Dämpfung der allgemeinen Erregung und der Nebenbuhlerheit, die gegenwärtig herrscht. Es ist außerdem notwendig, die Verhältnisse zu bessern, unter denen sich der Handel der gesamten Welt entwickelt. Wir begrüßen mit außerordentlicher Freude die Vorbereitungen zur internationalen Konferenz in Genua und sind tief davon überzeugt, daß es möglich sein wird, den Friedensvertrag auf gesunden Grundlagen zu stützen, die Konferenz soll sich mit den Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten Europas befassen.

Garantievertrag und Militärbündnis.

London, 7. Februar. Der politische Redakteur des „Daily Chronicle“ veröffentlicht einen Artikel, in welchem er den in Cannes durch Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten überreichten Entwurf des Garantievertrages mit dem Projekt des Militärbündnisses vergleicht. Das „Chronicle“ von Großbritannien fordert. Es schreibt: Genua wie der Weltkrieg so kann auch jetzt in Mittel- oder Osteuropa ein neuer Weltkrieg entstehen. Dasselbe Blatt überlegt wie im gegebenen Falle die Hilfe Frankreichs für die Verbündeten zum Ausdruck kommen würde, ob durch einen Einmarsch in Deutschland oder durch einen Transport französischer Truppen nach Polen und nach der Tschechoslowakei oder schließlich dadurch, daß man die Türkei auf Rußland hegt, falls dieses mit Deutschland zusammengeht. Es sieht noch nicht recht wie sich unter solchen Umständen England verhalten wird, ob es Frankreich zur Seite steht oder nicht. Das wird davon abhängen, ob die französische Politik sich als aggressiv erweist, oder ob Frankreich wirklich bedroht ist.

Lloyd George über den Garantievertrag.

London, 8. Februar. Bei der Besprechung des englisch-französischen Vertrages im Unterhaus erklärte Lloyd George, daß man Frankreich zeigen müsse, daß es nicht isoliert dastehen und allein auf sich angewiesen sei. Es gibt keine größere Gefahr, so sagte Lloyd George, als diese Befürchtung, welche das

französische Volk hegt. Anstatt dieses Volk mit Vertrauen zu umgeben, bringen wir Frankreich Mißtrauen entgegen. Wenn Sie bedenken, so sagte der Ministerpräsident, daß es sich hier um eine Befürchtung handelt, deren berechtigte Grundlage die dreimalige Verwüstung Frankreichs im Laufe eines Jahrhunderts ist, so werden Sie verstehen, daß diese Befürchtung ihre Wurzel im Herzen der Franzosen hat, und daß sie mit Notwendigkeit das Urteil ihrer Staatsmänner beeinflussen müsse. So mühten wir auch Frankreich sagen, daß, wenn die Vorgänge von 1814, 1870 und 1914 sich ohne Provokation seitens Frankreichs wiederholen sollten, sich Großbritannien mit allen seinen Kräften an Frankreichs Seite befinden wird, um ihm Hilfe gegen seinen Angreifer zu erteilen. Versicherungen dieser Art werden zur Befriedung des französischen Vertrauens beitragen. Die wirkliche Gefahr für Europa ist jene, daß die deutsche Jugend unter der Losung einer Revolution erzogen wird, in der Absicht, Deutschlands früheres Übergewicht und Ansehen wiederherzustellen, und daß der Gedanke obliegt, die Sieger für die früheren Niederlagen, die Deutschland beigebracht wurden, um in möglichst vollkommener Weise den deutschen Nationalstolz zu brechen, zu bestrafen. Und dies ist — so sagte Lloyd George mit starker Stimme — eine der größten Gefahren, welche Europa für die Zukunft ausgeht werden kann. Man muß also den Deutschen zu verstehen geben, daß eine solche Politik des Vergeltungskrieges für Deutschland eine Politik des Todes sei, und daß im Falle eines solchen Krieges Deutschland nicht nur Frankreich, sondern auch andere Völker gegen sich haben würde. Der zweite Beweis zugunsten des Abschlusses des französisch-englischen Garantievertrages ist der, daß wir in Versailles die Pflicht übernahmen, Frankreich für die Verzeileistung der Ausdehnungspolitik nach dem Abreise hin, Ersatz zu geben. Da Wilson und Balfour Frankreich die gewünschten Garantien erteilt haben, verzichtete Frankreich auf diese Ausdehnungspolitik. Wir sind also gegenüber Frankreich ehrenwörtlich verpflichtet.

Griechenland und Bulgarien mobilisieren.

Rom, 7. Februar. Die „Tribuna“ meldet aus Athen, daß Griechenland und Bulgarien gegeneinander die Mobilisierung angeordnet haben. Bulgarische Truppen greifen griechische Bänder an und vernichten die Brücken in Thracien.

Veröhnungswille des neuen Papstes.

Aus Rom meldet W. T. V.: Am 12. Uhr trat der neugewählte Papst auf den äußeren Altar der Basilika der St. Peters-Kathedrale zur Erteilung des Segens. Das Volk, das trotz der Regen in großer Zahl auf dem St. Peters-Platz sich eingefunden hatte, empfing den neugewählten Papst mit unendlichen Beifallrufen und winkte ihm zu. Die in Reih und Glied aufmarschierenden italienischen Truppen präsentierten das Gewehr. Um 12 Uhr 47 erteilte der Papst der Menge zum zweiten Male seinen Segen und zog sich zurück. Die Gedenken von St. Peter und aller übrigen Kirchen Roms läuteten. Fürst Czart. der Konstantinopoler Agentur Stefani folgende Mitteilung: „Seine Heiligkeit der Papst Pius XI. hat, unbeschadet aller Vorbehalte zugunsten der unverletzlichen Rechte der Kirche und des Heiligen Stuhles, die zu behaupten und zu verteidigen er beschwor, seinen ersten Segen vom äußeren Balkon auf dem St. Peters-Platz erteilt in der Absicht, daß dieser Segen nicht allein den auf dem St. Peters-Platz Anwesenden, nicht allein der Stadt Rom und Italien zuteil werde, sondern allen Nationen und allen Völkern, und daß er der ganzen Welt den Wunsch und die Wertschätzung der allgemeinen Befriedigung überbringt, die wir alle so heiß ersehnen.“

Rom, 8. Februar. (Tel.-U.) Man legt das Erscheinen des neuen Papstes nach seiner Wahl auf der großen äußeren Hauptloggia der Peterskirche sehr günstig aus und glaubt, daß er dadurch seinem großmütigen Veröhnungswillen Ausdruck hat geben wollen. Bekanntlich zeigte sich die neugewählte Päpste seit dem Konflikt des Heiligen Stuhles mit Italien, seit 1870, nur in der inneren Loggia.

Politische Tagesneuigkeiten.

Regierungskrise in Österreich. Das Kabinett Schober sieht vor einer neuen Krise. Der Finanzminister Gurrer von der christlichsozialen Partei ist bereits fallen gelassen worden. Die von ihm eingebrachten Steuerentwürfe werden im Finanzausschuß nicht mehr verhandelt werden.

Die ukrainisch-österreichischen Handelsbeziehungen. Der Vorsitzende des Rates der ukrainischen Volkskommissionen R. L. L. wird sich, Warschauer Blättermeldungen zufolge, Mitte Februar nach Prag begeben zur Anknüpfung von Verhandlungen, die zum Abschluß eines Handelsvertrages zwischen der Sowjet-ukraine und der Tschechoslowakei führen sollen.

Die Note der Republik des Fernen Ostens an China. Die Regierung der Republik des Fernen Ostens protegiert in einer Note an China energisch gegen chinesische Truppenansammlungen, die zu Einfällen in das Gebiet der Republik des Fernen Ostens dienen, und weist darauf hin, daß die Formierung militärischer Abteilungen dazu beitragen könnte, die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Mächte zu einander zu trüben.

Trotzdem eile sie weiter. Aber nun setzte der Gewittersturm mit aller Macht ein. Als Marei atemholend stehen blieb, merkte sie, daß Kalkreut und der Brintnerhof schon weit hinter ihr lagen.

Zu beiden Seiten der Straße lagen abgeerntete Felder, auf denen Kornschäber standen. Weit und breit kein Haus. Da packte sie plötzlich Grausen. Wenn er in meinem der Kornschäber steckte und sie beobachtete und erriet, warum sie ihm folgte — er war doch der Mörder und sie hier allein —!

Von Angst gejagt, machte sie kehrt und lief zurück. Als sie den Hof erreichte, schlugen ihr schwere Tropfen ins Gesicht. Atemlos taumelte sie an die Hausmauer. Da fing sie zwei Arme auf, und Basils Stimme sagte bellend: „Gottlob, Marei — überall haben wir Dich gesucht! Wo kommst Du denn her von da draußen?“

Sie sah ihn mit verstörtem Blick an. „Ich war... ich habe...“ Dann schwieg sie. „Nein! Kein Mensch darf die schreckliche Begegnung wissen. Aber suchen mußte sie nun in aller Stille und Heimlichkeit... ein Merkmal hatte sie... — den roten Siegelring — und immer würde kein Gewittersturm ihm zu Hilfe kommen....“

XXI.

Zwei Tage später wurde das Urteil im Prozeß Brintner gefällt. Es entsprach in seinem merkwürdigen Mißverhältnis zwischen Schuldpruch und Strafmäß der vorherrschenden Stimmung aller Geschworenen.

Sie hatten sich weder von der Schuld noch der Unschuld der drei Mitschuldigen des Knochen-Lapp überzeugen können. Dagegen sahen sie keine Schuld durch die bei ihm vorgefundenen Gegenstände aus dem Besitz des Ermordeten als erwiesen an.

Das Urteil über ihn lautete einstimmig auf schuldig. Von der Todesstrafe wurde abgesehen, da man für wahrscheinlich hielt, daß er die Tat nicht aus eigenem Antrieb, sondern in

Ueber die Zahlung der Danina im Handel und in der Industrie.

Das Teilgebietenministerium (Selbstverwaltungs-ausschuß) teilt mit: Handels- und Industrieunternehmungen, deren Besitzer physische Personen sind, bezahlen die Danina in der Höhe, welche arundfänglich durch Multiplikation der Gewerbesteuer, Schauf- und Hausierhandelssteuer im Jahre 1920 berechnet wird. Der Gesetzgeber hat deshalb die Steuerhöhe des Jahres 1920 als Grundlage für die Berechnung der Danina genommen, weil zur Zeit, wo das Gesetz gemacht wurde, für das Jahr 1921 noch nicht überall die Handels- und Industrieunternehmungen bemessen waren.

Während der Beratungen im Finanz- und Haushaltsausschuß stieß auf besondere Schwierigkeiten die Festsetzung solcher Multiplikatoren, die eine gleichmäßige Belastung des Handels und der Industrie in den einzelnen drei Teilgebieten sichern, obwohl die Maßstäbe verschiedene sind. Da es im ehemals russischen Teilgebiet aus verschiedenen Gründen nur möglich war, die Höhe der Danina nach den absoluten Sätzen der Patentsteuer zu berechnen und dieses Teilgebiet die größte Steuerlast tragen soll, konnte die Festsetzung der Multiplikatoren für die übrigen Teilgebiete nur durch Anpassung der in diesen geltenden Steuerhöhen an die Sätze der Patentsteuer und unter Berücksichtigung der für diese Steuer festgesetzten Multiplikatoren geschehen.

Die Patentsteuer wird nach den äußeren Bezeichnungen der Unternehmungen bemessen. Aber aus diesen Bezeichnungen soll in jedem einzelnen Falle die betreffende Höhe der Einnahmen der Unternehmungen hervorgehen, welche das russische Gesetz über die Industrie- und Handelssteuern für die in diesen Kategorien ein- teilt. Die Höhe des voraussichtlichen Gewinns, welche unter Berücksichtigung der äußeren Kennzeichen über die Einteilung der Unternehmungen zu den einzelnen Kategorien bestimmen soll, geht aus dem Zusatz zu dem Art. 448 des erwähnten Gesetzes hervor, was auch ihre Motive bestätigen.

Da die Patentsteuer im Sinne der Bestimmungen dieses Gesetzes 2% Prozent des Gewinns beträgt, jedoch im Jahre 1920 für Handelsunternehmungen um das Fünffache und für Industrieunternehmungen um das Zehnfache erhöht worden ist, da ferner die Gewerbesteuer im ehemals preussischen Teilgebiet, arundfänglich 1 Prozent der Einnahmen betragend, nach dem Kriege unverändert blieb, war es auf diesem Wege möglich, bei Berücksichtigung des finanziellen Effekts der Steuern in den Jahren 1913 und 1920 und der Multiplikatoren, die für die Abgabe gemäß der Patentsteuer festgesetzt wurden, die Höhe der Multiplikatoren für die preussische Gewerbesteuer ziemlich genau zu berechnen, welche im allgemeinen eine gleichmäßige Belastung des Handels und der Industrie sowohl im preussischen als auch im russischen Teilgebiet sicherstellte. Mit Rücksicht darauf, daß auf Grund der Patentsteuer die höchste Abgabesumme 1.500.000 M. beträgt, während sie bei Anpassung an die entsprechenden Multiplikatoren in einzelnen Fällen über 50 Millionen Mark betragen würde, war die Beschränkung der Abgabebelastung bis zur angegebenen Summe auch im ehemals preussischen Teilgebiet notwendig, was auch der Vertreter dieses Teilgebiets von der in der Sejmkommission repräsentierten Regierung energisch forderte.

Die Berechnung von Unternehmungen im ehemals preussischen Teilgebiet zur Zahlung der Abgabe gemäß der Schaufsteuer und der Steuer für Hausierhandel muß dadurch gerechtfertigt werden, daß das russische Gesetz den Ausnahmefällen zu den höchsten Kategorien der Patentsteuer rechnet, und zur 5. Kategorie den Hausierhandel, welcher im ehemals preussischen Teilgebiet durch ein besonderes Gesetz besteuert wird.

Die Multiplikatoren der Industrie- und Handelssteuern für das Jahr 1920 festsetzend, konnte sich der Finanz- und Haushaltsausschuß auf fertige Bemessungen und auf die nach ihnen verfertigten und der Kommission vorgelegten Steuerlisten stützen, auch wenn es sich um das preussische Teilgebiet handelt. Die Bemessung der Abgabe für Zahler der Gewerbesteuer vom Jahre 1920 ist ebenfalls so ausgefallen, daß sie von seiten der Zahler im allgemeinen keine Opposition hervorrief.

Auf die größten Schwierigkeiten stieß man jedoch bei der Festsetzung der Multiplikatoren für die Zahler der Gewerbesteuer vom Jahre 1921. Da die Bemessung dieser Steuer im Augenblick der Annahme des Daninagesetzes noch nicht durchgeführt war, konnte sich der Finanz- und Haushaltsausschuß nur auf deren vermutliche Ergebnisse stützen. Sie ist dabei von dem Ausgleich der voraussichtlichen durchschnittlichen Höhe der Gewinne aus Unternehmungen im Jahre 1921 mit den Gewinnen im Jahre 1920 ausgegangen. Die Berechnungen schwanken zwischen 5 und 10, d. h. daß die Gewinne im Jahre 1921 in bezug auf die im Jahre 1920 nominell im allgemeinen fünf- bis zehnmal so hoch geschätzt wurden. Damit der Staatshaushalt keineswegs Verluste erleiden sollte, wurde als Durchschnittsnorm das Sechsfache der Gewinne im Jahre 1921 angenommen. Im Gesetz ist das auf die Weise zum Ausdruck gekommen, daß für die Zahler der Gewerbesteuer Multiplikatoren in Höhe des 6. Teiles festgesetzt wurden, welche für das Jahr 1920 galten.

Mit Rücksicht darauf, daß sich auch bei Anwendung von niedrigeren Multiplikatoren die Abgabebelastung in manchen Fällen als zu

Gemeinschaft oder im Auftrag anderer vollbracht hatte. Er wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt und nahm das Urteil ohne sonderliche Bewegung hin. Bezüglich der Angeklagten wurde die Hauptfrage auf Mord und die Eventualfrage auf befehlten Mord unter tätiger Mitwirkung verneint, die zweite Eventualfrage auf entfernte Mordschuld dagegen bejaht. Auf Grund dieses Verdiktes wurde Justina zu zwölf Jahren, Andres Brintner und Konrad Reicher zu je neun Jahren schweren Gefängnis verurteilt. Ihre Verteidiger meldeten sogleich die Nichtigkeitsbeschwerden an.

Andres nahm das Urteil gleichgültig hin wie alles, was die Verhandlungstage gebracht hatten. Er war bleich wie der Tod, presste die Lippen zusammen und landete einen langen, schmerzlichen Blick nach dem Fenster, als nehme er so Abschied von Licht und Freiheit und dem Leben überhaupt. Er Justina fuhr mit einem Schrei empor, brach in trampfahnen Schluchzen aus und sah den Vorlesenden wie irrrend an. „Nein! Ich gehe nicht in den Kerker! Ich bin unschuldig!“ stammelte sie immer wieder.

Man mußte sie schließlich mit Gewalt aus dem Saal führen. Sie war völlig gebrochen.

Nachdem das Publikum sich entfernt hatte, fand sich in einem Winkel noch eine kleine Gruppe bleicher Menschen die wie vernichtet eine bitterlich weinende Frau umgaben. Es war Basil, Toni, Marei, die es sich nicht hatte nehmen lassen, der Schlußverhandlung im Verborgenen beizuwohnen. Die weinende Frau in ihrer Mitte war Willy Bloch.

Zwölf Jahre — neun Jahre! Zähmend und eisig hatten sich die Worte auf diese vier Menschen niedergelassen.

Und doch — Basil atmete tief auf — es war nicht der Tod, dessen schwarzer Fittich mehr als einmal während dieser Tage drohend über den Köpfen der Angeklagten hingeschritten war.

Es bedeutete — Zeit.

(Fortsetzung folgt.)

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Edenlein.

(Uebersetzung 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(54. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.) Er stand halb abgewandt. Sie konnte sein Gesicht nicht sehen und kannte ihn nicht. An einer seiner großen weißen Hände funkelte ein plumper Siegelring mit blutrotem Stein, und das begriff sie sofort: daß auch er hier stand weil er die Angeklagten hatte sehen wollen, daß er sich dazu hinter einem Baum verborgen hatte und daß ihr Anblick ihn tief und furchtbar erschüttert haben mußte.

Marei begriff später nie, wie sie beim Anblick dieses Mannes sofort bliglicht bei Gedanke durch den Kopf geschossen war: Der ist der Mörder! Es hat ihn herausgerieben — wider Willen vielleicht — um diejenigen zu sehen, die für seine Tat büßen sollten....

Wie erstarrt stand sie. Jetzt wandte er sich noch mehr ab. ließ die Hände sinken und glitt in Hast zwischen den Bäumen hin. Etwa dreißig Meter von Marei entfernt über- spanng er den Straßengraben, gewann die Landstraße und schritt hastig auf ihr vorwärts.

Mit einem Schrei stürzte Marei ihm nach, die Arme ausgestreckt, nur besetzt von dem Drang, ihn einzuholen und festzuhalten.

Hatte er den Schrei gehört? Er zuckte zusammen und blickte sich flüchtig um, gerade als durch die reglose Luft der Windstoß heftig einherfuhr.

Eine dicke Staubwolke, durchsetzt von dünnen Blättern und Streu, hüllte alles ein, blendete Mareis Augen und warf sich ihr atemraubend gegen die Brust.

Als sie wieder aufblicken konnte, war die Straße leer der Mann, dem sie folgte, verschwunden, als hätte ihn der Erdboden verschluckt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 9. Februar.

Verhaftung einer gefährlichen Einbrecherbande.

Der Kriminalpolizei in Orlowo war es am 5. v. Mts. gelungen, in Orlowo eine ausgezeichnet organisierte Einbrecherbande von neun Köpfen, zu der auch ein weibliches Mitglied gehörte, auf die Spur zu kommen, die in Orlowo eine überaus erfolgreiche Tätigkeit entfaltet und für viele Millionen Werte erbeutet hatte. Nach den amtlichen Ermittlungen entfallen auf ihr Konto: ein Raubüberfall beim Gericht vom 21. Juli 1921; ein Raubüberfall bei der Firma Kreskowsky vom 27. November 1921; ein Raubüberfall vom 27. Dezember v. J. in der Gasanstalt, ein Einbruchdiebstahl vom 29. September v. J. bei der Zigarettenfabrik von Rudnicki, bei der Zigaretten und andere Sachen im Werte von 100000 gestohlen wurden; ein Einbruch vom 15. Dezember v. J. bei S. Glat, bei dem aus einer Kasse 210000 M. gestohlen wurden; ein Einbruch bei Ignaz Krawczyk, bei dem Bargeld und Edelsteine im Werte von 200000 M. erbeutet wurden; ein Einbruchdiebstahl vom 12. August v. J. in das Schuhwerkgeschäft von Kozłowski, bei dem Silber im Werte von 200000 M. gestohlen wurden, und zwei Einbrüche bei Sikorski vom 9. November und vom 4. Januar d. J., bei dem beide Male Silber in großen Mengen gestohlen wurden. Der größte Teil der Diebstehbeute konnte inzwischen wieder herbeigekommen werden. Die zum Teil aus Orlowo, Wirsbadi und Kongreßpolen stammenden Einbrecher sind: Jan Wawrzyniak, Janas Wardziński, Antoni Stenbel, Marian Jalewski, Władysław Kramiński, Alfred Altmann, Elisabeth Sokolowa und Josef Wobiera; außerdem wurde der Schloffer Jan Wyszczepniak festgenommen, der der Bande die Einbrecherwerkzeuge geliefert hatte.

Eine Staatsunterstützung für das Großpolnische Museum in Posen. Der Ministerpräsident Bonikowski hat dem Großpolnischen Museum (fr. Kaiser Friedrich-Museum) eine Staatsunterstützung von 4 Millionen Mark für den Ankauf von polnischen Meisterwerken zugewiesen. Der Ankauf wird durch die Direktion des Museums im Einvernehmen mit dem eigens zu diesem Zweck ermächtigten Vertreter des Ministeriums für Kunst und Wissenschaft erfolgen.

X Ein Goldgeldschiebergeschäft. Mehrere Kriminalbeamten gelang es gestern bei einem Händler in der ul. Polwiejska (früher Valbrorstr.) der der Polizei schon lange als verdächtig bekannt war, auf die Spur zu kommen und dabei 1000 M. in 20- und 10-Mark-Stücken zu beschlagnahmen. Ein Schieber hatte dieses Geld für 950000 polnische Mark von einem Unbekannten erworben und hatte es dem erwähnten Händler zum Kauf angeboten. Dieser erklärte sich zum Kauf der Goldstücke bereit, und zwar wollte er dafür amerikanische Dollarcheine geben, die er, nebenbei bemerkt, gar nicht besaß. Er legte sich deshalb wieder mit einem anderen Schieber in Verbindung, der das Geld an sich nehmen und ohne irgend welche Gegenzahlung durch die hintere Ausgangstür des Ladens des Händlers verschwinden sollte. Als nun der Schieber mit dem Goldgelde nurlos verduften wollte, trafen die Kriminalbeamten ein, beschlagnahmten das schlingelange Goldgeld und nahmen das dreiblättige Schieberklebblatt fest.

X Hoteldiebstahl. In einem hiesigen Hotel wurde einem Gäste eine Tasche mit mehreren goldenen Fibelstiften usw. und anderen Herren- und Damenutensilien, Schlüsseln, Uhren, zwei R. J. gezeichnete Armbänder im Gesamtwerte von 800000 M. gestohlen.

X Vorsicht! Auf dem Hauptpostamt in der ulica Pocztowa (fr. Friedenstr.) sahle gestern ein Herr eine große Summe Geldes

in, während ein neben ihm stehender Landknecht zusah. Der letztere beschränkte sich jedoch nicht auf das Zusehen, sondern suchte von dem Gelde soviel als möglich an sich zu bringen, und zwar mit bestem Erfolge. Denn schließlich fehlte dem einhändigen Herrn eine ganze Anzahl von 5-Landknecht-Scheinen.

X Aufgeklärter Wagenschieber. Vor kurzem war in Wilsch dem Beamtenverein der Eisenbahnen ein Wagen im Werte von 150000 M. gestohlen worden. Der Dieb ist jetzt ermittelt worden. Er hatte den Wagen an einen Fuhrherrn in Łazarski für 15000 M. verkauft. Der letztere wird sich jetzt wegen Hehlerei zu verantworten haben.

* Bromberg, 7. Februar. In der letzten Stadtberordnetensitzung wurde eine Eingabe der Kaufleute und Industriellen verlesen, in der gegen die in Höhe von 3000 Prozent festgesetzte Gewerbesteuer Einspruch erhoben wird. Das gleiche Protestschreiben ist dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Bizieli und dem Kammerer, Vizepräsidenten Dr. Schmielarski überhandt worden. In dem Schreiben heißt es: „Wenn die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Gewerbesteuer in Höhe von 3000 Prozent nicht vermindert, sondern, wie beschlossene, eingezogen wird, wird die Existenz der Kaufmannschaft, der Fabriken und des Handels untergraben. Die Unternehmungen würden hierdurch gezwungen werden, ihre Verhältnisse und Fabriken zu schließen, wodurch die Arbeiter unverschuldet ihre Beschäftigung verlieren würden. Es ist gefährlich, den Akt, auf dem man sich abzusagen. Eine den Verhältnissen Rechnung tragende Abänderung der Gewerbesteuer ist im Interesse der Erhaltung des Handels und der Industrie eine dringende Notwendigkeit.“

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Soewenhal. Verantwortlich: für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeier; für den Anzeigenteil: M. Grünbaum. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Schmidt in Posen.



Leipziger Frühjahrs-Messe.

Allgemeine Mustermesse mit Bau-messe vom 5.—11. März 1922.

Technische Messe vom 5.—14. März 1922.

Der Zentralmarkt für den internationalen Warenaustausch.

Für Aussteller und Einkäufer gleich wichtig.

Beginn der Herbstmesse 27. August 1922.

Entgegennahme von Anmeldungen, Auskunft und kostenlose Zusendung von Drucksachen durch den ehrenamtlichen Vertreter für Polen

Władysław Glazer,

Warschau, Aleje Jerozolimskie 41. Tel. 230-55.

Achtung Verkäufer!

Habe stets viel Käufer mit allerlei Geldern und suche Güter, Landwirtschaften, Hotels, Restaurants, Fleischereien, Bäckereien, Häuser usw. Rechte und solide Bedienung. Garantiere für schnelle Erledigung von übernommen. Offerten.

W. Kowalewski,

Mogozno (Mogajen), Hotel Polonia.

Grundst. Berlin-Lichtenrade.

493 qm groß, direkt an der Hauptstraße gelegen, eingezäunt. Wasserleitung 180 Gelobstbäume (14 Jähr.), mehrere 100 Kernobstbäume. Som. verhörschen in Fachwerk. Wert 150000 Mark. gegen eine komplette Landwirtschaft zu verkaufen. Offerten an

W. Kaczynski, Berlin-Tempelhof, städt. Wilhelm-Strasse 73.

Gutein-geführtes Sattler-Geschäft.

evtl. mit Wohnungseinrichtung, sofort oder später zu kaufen gesucht. Offerten u. „Sattler“ an Reklama Polska, Bydgoszcz, Gdańska 164, erbeten.

Zuchtstengst

3 Jähr. br., 67/156 cm gr. kräft. v. Colorado (Gradus) Alcedon preisw. z. verk. Herrsch. Pępowa.

Möbelschlosser! Möbelbeschlüge!

Möbelschlosser, rechts und links, aller Größen, Möbelbeschlüge verschiedener Art, Klavierbandeisen, vermessingt, messingplattiert, Journierstifte, Glaspapier u. and. Tischlerei-Bedarfsartikel

empfiehlt greifbar ab Lager

„TITANIA“ T.z.o.p.

Poznań, Masztalarska 7a. Telephon 3733.

Stellungsangebote

Suche z. 1. 3. od. 1. 4. einen Wirtschasts-Lehrling, der schon Praxis gehabt hat. Ang. m. Lebenslauf u. evtl. Zeugnis an Frau Administratorkünze, Lopuszowa 20. Obornicki.

Wirtshaus auf dem Lande bietet Gelegenheit zur Erlernung des Haushaltes ohne gegen. Vergütung. Familienanstell. Ang. u. „Pfarrhaus 5214“ a. d. Geistst.

Gebildete Deutsche zu 2 Jähr. Knaben nur tagsüber (ohne Mittagessen) wöchentlich gesucht. Geh. 8000 M. Vorhellung ul. Matejki 1 III.

Möbelschlosser! Möbelbeschlüge!

Schönes Landhaus oberhalb d. Villa in Puszczytomo (Unterberg) od. nahen Umgebung von Poznań zu kaufen gesucht. Gef. Ang. m. Preisang. u. P. C. 5227 a. d. Geistst. d. Bl. erb.

Kaufe gek. Garderobe, Wäsche, Schuhe, Bücher usw. Komme auch nach außerhalb. W. Schmidt, ulica Zamkowa 4, am Stary Rynek.

Ein familien-häuser, 3 Zimmer Küche, 3 Keller, ca. 1 1/2 Morgen Garten und Acker, beziehb. 1. April d. J. in nächster Nähe einer Kreisstadt der Prov. Brandenburg sollen bei einer Anzahl. von 25-30000 M. sofort verkauft werden. Gef. Offerten an Gutsherrn Joste, 5213 Grosse a. Oder.

Ein sehr schönes Fischotterfell hat zu verkaufen. Georg Brand, Podlaskiwojcie, pocz. Popowo tościelne, pow. Wągrowiec. 5192

Verkaufe am 15. d. Mts. eine gute Britische.

Sorge, Czernomaf. Verkauft zwecks Auswanderung

Wienhaken und Jagdhunde. Off. u. S. M. 5230 an die Geistst. d. Bl. erbeten.

Stellungsangebote

Jörster, 32 J. verh. deutsch, im Fortschritt, Jagdvertrieb erf. sucht Gehalt für sein. Ang. u. „E. A. 5221 a. d. Geistst. d. Bl. erb.“

Herren-Konfektion.

Zum sofortigen Antritt, evtl. später, suche ich einen tüchtigen, polnisch sprechenden

Berkäufer

bei hohem Gehalt. Adolf Kreuzberger, Kattowitz D.-S.

Gutsgärtner

Rittergut Boguszyn, powiat Smigielski. mit allen ins nachfolgenden Arbeiten vertraut. Zeugnis und Gebaltsanforderungen

Diener

Rittergut Boguszyn, powiat Smigielski. ledig, nicht unter 23 Jahren, ehem. d. Offiziersbediente bevorzugt für Landhaushalt per bald gesucht. Angebote mit Zeugnis, Bild. Größenangabe an

Erzieherin

Frau Lucie Hoffmann, Kurow b. Oczaz, powiat Ostrowo (Wosna) 5167

erfahrene Kochmamiell od. Köchin

gesucht, perfekt in ff. Küche, A. richten von Diners, Baden und Einmachen. Keine Hausar. Keine Nebenwirtschaft. Küchenmädchen und eigenes Zimmer vorhanden. Meldungen mit G. H. 5193 an die Geistst. dieses Blattes erbeten. Portofolien werden auch im Falle des Nichterfolgs ers. fr.

perfekte Köchin,

erfahren in feiner u. einfacher Küche. Bad u. Einmachen u. Einhängen. Offerten mit Zeugnisabw. u. Bild erbeten. Gräfin von Einsiedel, Schloß Maly-Gay, Post Pocz.owo, Kreis Szamotuldy.

Deutscher Tag in Breschen

Sonntag, den 12. Februar 1922, im Saale des Hotel Goertl:

Um 5 1/2 Uhr: Vortrag von Dr. Soewenhal aus Posen über: „Ausland und Heimat.“

Um 8 Uhr: Gastspiel des Deutschen Theatervereins aus Posen. „Hans Nuckeborn“, Lustspiel in 3 Akten von Platen und Kadelburg.

Nach der Vorstellung gemüß. Beisammensein mit Tanz. Vorverkauf und Näheres im Breschener Konsumverein.

Wohnungen

Tausche eine 3 Zimmerwohnung gegen eine

5-6 Zimmerwohnung im Stadtviertel Pz.ze. Of. u. 5226 a. d. Geistst. d. Bl.

Für einen elternlosen jungen Menschen, der in Posen Beschäftigung hat, wird für sofort an pruchloses

Quartier

gesucht, wo er sich zuhause fühlen kann. Gef. Angebote unter „Heimat 5212“ an die Geistst. d. Bl. erb.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A Wolnica.

Freitag, 10. Febr., abds. 6 Uhr. Sonabend morgens 8 Uhr, vormittags 10 Uhr, nachm. 4 Uhr. Woch. nachm. 4 1/2 Uhr. Jugend- andacht, abends 6 Uhr 40 M. Sab. herausgang.

Wochtags-Andacht. Morgens 7 1/2 Uhr u. abends 6 Uhr.

Synagoge B (Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikanska.

Freitag, 10. Februar, abends 6 1/2 Uhr mit Predigt, Sonabend vorm. 10 Uhr. Morgens 7 1/2 Uhr u. abends 6 Uhr

PALACOWY Teatr

plac Wolności Nr. 6.

Von Montag täglich:

Das Schicksal rächt sich.

Ein rührendes Ehedrama in 5 gr. Akten. In der Hauptrolle Mozzuchin, der König des Ekran und seine wunderschöne Partnerin Lisienko.

Kino Colosseum

św. Marcin 65.

Vom 7.—13. 2.:

Das Spiel mit Feuer

Gewalt Sensations- u. Abenteuer-Drama in 6 Akten. Noch nie dagewes. Sensationen und Abenteuer halten den Zuschauer in steter Spannung. Achtung! Täglich! von 4-6 Jugend-Vorstellung. zu ermäß. Preisen.

Wir kaufen Hanf- u. Flachsstroh

zum Verarbeiten in unserer Fabrik und bitten um gefällige Offerten.

Spółka „LINUM“, Leszno.

Telephon 197.

Posener Sprachführer.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie gegen Einreichung von 25 Mark als Einreichung direkt vom Verlage:

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer will ein Helfer und Führer sein in der Hand derjenigen, die der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Leben nicht zurechtfinden können und häufig hilflos neben vor den ihnen vorliegenden unverständlichen Aufschriften auf der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in den Boen der Straßenbahn, in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Er will abzurufen mit dem, was den hier lebenden Gliedern der deutschen Minderheit das Leben in der neuen Verhältnisse erleichtert wird und daß auch der polnische in Posen lebende Deutsche von einem Zeit bei Schwierigkeiten bereit werden, mit denen der „Sprachführer“ über und die Erleichterung ihrer Gefühle in Posen für sie nachzuweisen.

Zuverlässig. Mädchen, perfekte Köchin bei hohem Gehalt sucht per 1. März. Arthur Mikulka, ulica 27. Grudnia 10. Vorstellungen von 10-5 Uhr nachm. tags.